der Zustimmung gemäß § 6 nach Abstimmung mit den Beteiligten.

(3) Über die Errichtung und Nutzung von unterirdischen Deponien als Gemeinschaftsanlage und den Betreiber entscheidet der Rat des Bezirkes nach Abstimmung mit dem bilanzverantwortlichen Organ des Ministeriums für Geologie¹¹ und den Beteiligten im Rahmen der im Abs. 2 genannten Verfahren. Das Fachorgan für Geologie legt den erforderlichen Mindestumfang geologischer Untersuchungsarbeiten zur Erkundung und Errichtung unterirdischer Deponien fest und nimmt Einfluß auf die Realisierung der erteilten Aufträge.

(4) Ist zur effektiven Nutzung der Grundfonds die gemeinsame Nutzung einer Beseitigungsanlage oder Deponie in dem Territorium eines anderen Bezirkes oder Kreises erforderlich, ist nach Abstimmung mit dem für dieses Territorium zuständigen Rat des Bezirkes bzw. Kreises der Antrag zur schadlo- sen Beseitigung diesem zur Erteilung der Genehmigung gemäß § 5 Abs. 4 zu übergeben.

§ 8

(1) Für die Arbeiten zur Erkundung und Errichtung, zum Betrieb sowie zur Stilllegung unterirdischer Deponien sind die Bestimmungen des Berggesetzes sowie seine Folgebestimmungent² entsprechend anzuwenden. Diese bergbaulichen Arbeiten sind auf der Grundlage der Rechtsvorschriften über die Bergbausicherheit^{10 11 12 13} durchzuführen. In Einzelfällen entscheidet der Leiter der Obersten Bergbehörde beim Ministerrat der DDR in Abstimmung mit dem Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft sowie dem Minister für Geologie über die Anwendung der bergrechtlichen Bestimmungen.

(2) Die bergbaulichen Arbeiten zur Erkundung und Errichtung, zum Betrieb sowie zur Stilllegung unterirdischer Deponien unterliegen der Staatlichen Bergaufsicht.

(3) Bergbauliche Arbeiten gemäß Abs. 1 sind der zuständigen Bergbehörde spätestens 4 Wochen vor Beginn anzuzeigen. Die Bergbehörde entscheidet, in welchen Fällen die Anzeige in Form eines technischen Betriebsplanes zu erfolgen hat.

§ 9

Betrieb von Beseitigungsanlagen und Deponien

(1) Für den ordnungsgemäßen Betrieb von Beseitigungsanlagen und Deponien ist der Betreiber verantwortlich.

(2) Die Betreiber haben Betriebs- und Deponieordnungen sowie Einsatzdokumente zur Bekämpfung von Havarien zu erarbeiten und ständig zu aktualisieren, die der Zustimmung des Rates des Bezirkes bzw. Kreises, Fachorgan Umweltschutz und Wasserwirtschaft, bedürfen. Die Zustimmung muß vor Aufnahme des Betriebes der Beseitigungsanlage oder Deponie vorliegen. Die Einholung von Zustimmungen auf der Grundlage anderer Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

¹⁰ Für gemeinsame Investitionen gilt z. Z. die Richtlinie vom 26. September 1972 über gemeinsame Investitionen (GBl. II Nr. 59 S. 642).

¹¹ Z. Z. VEB Untergrundspeicher Mittenwalde.

¹² Berggesetz der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Mai 1969 (GBl. I Nr. 5 S. 29).

— Erste Durchführungsverordnung vom 12. Mai 1969 zum Berggesetz der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. II Nr. 40 S. 257).

— Dritte Durchführungsverordnung vom 12. August 1976 zum Berggesetz der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. I Nr. 32 S. 403).

— Anordnung vom 19. Oktober 1971 über die Verwahrung unterirdischer bergbaulicher Anlagen — Verwahrungsanordnung — (GBl. II Nr. 73 S. 621).

— Anordnung vom 10. April 1970 über die Wiederurbarmachung bergbaulich genutzter Bodenflächen — Wiederurbarmachungsanordnung — (GBl. II Nr. 38 S. 279).

¹³ — Arbeitsschutz- und Brandschutzanordnung 120/2 vom 5. Oktober 1973 — Bergbausicherheit im Bergbau unter Tage — (Sonderdruck Nr. 767 des Gesetzblattes).

— Arbeitsschutz- und Brandschutzanordnung 126/2 vom 10. März 1980 — Bergbausicherheit in Bohr- und Förderbetrieben — (Sonderdruck Nr. 1035 des Gesetzblattes).

— Arbeitsschutz- und Brandschutzanordnung 127 vom 10. Januar 1975 — Bergbausicherheit an Untergrundspeichern — (Sonderdruck Nr. 788 des Gesetzblattes).

(3) Der Betreiber hat einen täglichen Nachweis über die Art, Menge und Herkunft der angelieferten und beseitigten Abprodukte zu führen. Bei oberirdischen Deponien toxischer Abprodukte ist darüber hinaus in Lageplänen oder anderen Nachweisunterlagen der Tag der Anlieferung und die Stelle der Ablagerung im Deponiekörper festzuhalten. Die Nachweisunterlagen sind zu archivieren.

(4) Oberirdische Deponien sind entsprechend dem Projekt mit der Rekultivierung des Deponiekörpers abzuschließen. Die Rechtsvorschriften über die Wiederurbarmachung und Rekultivierung sind entsprechend anzuwenden¹⁴.

(5) Der Rat des Bezirkes kann den Betrieb von Beseitigungsanlagen oder Deponien untersagen, wenn grobe Verstöße gegen Ordnung und Sicherheit bei der schadlo- sen Beseitigung nicht nutzbarer Abprodukte vorliegen. Die Rechte und Pflichten der zuständigen Kontrollorgane werden hier- von nicht berührt.

(6) Über die schadlo- s beseitigten Abprodukte ist von den Betreibern jährlich zu berichten. Das Verfahren der Bericht- erstattung wird vom Minister für Umweltschutz und Wasser-

Wirtschaft in Abstimmung mit dem Minister für Material- wirtschaft, dem Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und den Leitern der anderen beteiligten zentralen Staatsorgane geregelt.

§ 10 ■ *

Vertragsbeziehungen

(1) Die an einer Gemeinschaftsanlage beteiligten Betriebe sind verpflichtet, die Rechte und Pflichten auf der Grundlage der Entscheidungen gemäß § 7 Absätze 2 und 3 sowie der §§ 73 ff. des Gesetzes vom 25. März 1982 über das Vertrags- system in der sozialistischen Wirtschaft — Vertragsgesetz — (GBl. I Nr. 14 S. 293) vertraglich zu regeln.

(2) Soweit der Betrieb über keine eigenen Kapazitäten zur schadlo- sen Beseitigung von nicht nutzbaren Abprodukten verfü- gt und die Beteiligung an Gemeinschaftsanlagen nicht mög- lich ist, sind zwischen den Betrieben, die nicht nutzbare Ab- produkte verursachen, und den Betreibern über die schad- lose Beseitigung Leistungsverträge abzuschließen. Voraus- setzung für den Vertragsabschluß ist das Vorliegen der Ge- nehmigung zur schadlo- sen Beseitigung mit dem Nachweis der Beseitigungsanlage oder Deponie, an die die Anlieferung der nicht nutzbaren Abprodukte zu erfolgen hat.

(3) Im Vertrag sind insbesondere Vereinbarungen zu tref- fen über

1. die anzuliefernden nicht nutzbaren Abprodukte (Bezeich- nung und Festlegung, ob die Anlieferung in fester, schlammartiger oder flüssiger Form zu erfolgen hat),
2. die Menge der nicht nutzbaren Abprodukte,
3. den Zeitpunkt/den Zeitraum der Anlieferung,
4. den Preis,
5. besondere Anforderungen an den Inhalt der Lieferpapiere und an die Befähigung der mit der Anlieferung beauftrag- ten Werk tätigen,
6. Vertragsstrafe bei Verletzung der vertraglichen Vereinbar- ungen.

(4) Der Betrieb ist verpflichtet, dem Betreiber alle für die Ordnung und Sicherheit in der Anlage erforderlichen Infor- mationen zu geben. Er hat den Betreiber insbesondere über die chemische Zusammensetzung der nicht nutzbaren Abpro- dukte und ihm bekannte Besonderheiten für die Behandlung dieser Abprodukte zu informieren. Die vom Betreiber zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit getroffenen Festlegungen sind dem Betrieb zur Kenntnis zu bringen und gelten als Vertragsbestandteil.

¹⁴ — Anordnung vom 10. April 1970 über die Wiederurbarmachung bergbaulich genutzter Bodenflächen — Wiederurbarmachungsanord- nung — (GBl. II Nr. 38 S. 279).

— Anordnung vom 23. Februar 1971 über die Rekultivierung bergbau- lich genutzter Bodenflächen — Rekultivierungsanordnung — (GBl. II Nr. 30 S. 245).